

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Mehr Berlin in Europa – mehr Europa in Berlin (II): Bedeutung der europäischen Integration anlässlich der Europawahl 2009 hervorheben

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, den Berliner Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der Europawahl am 7. Juni 2009 durch geeignete Maßnahmen und Veranstaltungen zu veranschaulichen. In diesem Zusammenhang ist unter anderem auf die für das Land Berlin erzielten Erfolge der europäischen Integration hinzuweisen.

Darüber hinaus sollen durch altersgerechte Maßnahmen und Informationsmöglichkeiten vor allem auch Erst- und Jungwähler dazu bewegt werden, am 7. Juni 2009 wählen zu gehen. Auf diese Weise kann ergänzend zu den von der Senatskanzlei ergriffenen Maßnahmen bereits im Vorfeld der Wahlen den Bürgerinnen und Bürgern Berlins öffentlichkeitswirksam ein positives und aktives Europabild vermittelt werden.

Abschließend hat der Senat dafür Sorge zu tragen, dass zeitgleich der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon von Senatsseite positiv begleitet wird und einzelne Vertragsbestimmungen, die keine Vertragsänderungen nach Art. 48 EU Vertrag bedürfen, vorgezogen werden.

Begründung:

Mehr als 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge sind heutzutage 27 europäische Staaten mit nahezu 500 Millionen Menschen in der Europäischen Union vereint. Der Verlauf der europäischen Integration ist damit eine weltweit einzigartige Erfolgsgeschichte, die durch Determinanten wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bildung, wirtschaftliche Prosperität und sozialen Fortschritt geprägt ist.

Berlin konnte wie kaum eine andere Region von diesen europäischen Annäherungen profitieren. Als Tor zu Mittel- und Osteuropa, als Top-Standort für Forschung und Wissenschaft sowie als europäische Metropole für Kultur und Kreativität ist Berlin ein bedeutsamer Faktor innerhalb der EU geworden. Auch als Wirtschaftsstandort hat Berlin in erheblichem Maße von der europäischen Integration profitieren können. Europa ist es somit zu verdanken, dass ausländische Investoren gewonnen, neue Märkte erschlossen und der Wissens- und Kulturaustausch intensiviert werden konnte und Berlin nunmehr einen hervorragenden Ruf im europäischen Ausland genießt. Gerade in Zeiten der weltweiten Rezession und Finanzkrise wird die wichtige Steuerungsfunktion der EU mit einer starken, gemeinsamen Währung deutlich. Die Gemeinschaft beweist beispielsweise durch das gemeinsam beschlossene Konjunkturprogramm Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Ob beim Besuch der polnischen Nachbarn, beim Kauf landwirtschaftlicher Produkte mit dem Euro oder der Sanierung von städtischen Museen und Ausbesserung öffentlicher Infrastruktur – immer hat die EU unmittelbare Auswirkung und Einfluss auf das Berliner Leben, auch wenn dies für viele Bürgerinnen und Bürger längst zum Alltag geworden ist.

Laut einer Eurobarometer-Umfrage vom Dezember 2008 beurteilt eine Mehrheit (64 Prozent) der Deutschen die europäische Einigung aufgrund dieser Entwicklungen als grundsätzlich positiv. Diese positive Grundstimmung strahlt aber leider nur wenig auf den Ruf der europäischen Institutionen ab: in der gleichen Umfrage attestieren weniger als die Hälfte der Befragten, Vertrauen in die Arbeit der Kommission bzw. des Parlamentes zu haben. Oftmals wurde dies auf Demokratiedefizite, mangelnde Transparenz, zunehmende Bevormundung sowie komplizierte Entscheidungsfindungsprozesse zurückgeführt.

Dies spiegelt sich auch in der schlechten Wahlbeteiligung bei den letzten Europawahlen im Jahr 2004 wider, bei der nur 38,6 Prozent der Wahlberechtigten in Berlin gewählt haben. Ähnlich bedenklich sind in diesem Zusammenhang auch die von Eurobarometer im September 2008 veröffentlichten Zahlen, wonach lediglich 23 Prozent der Befragten wussten, dass 2009 die Wahl zum Europäischen Parlament stattfindet. Von denjenigen Bürgerinnen und Bürger, die bei der Befragung angaben, sie würden voraussichtlich nicht zur nächsten Europawahl gehen, fühlten sich viele nicht ausreichend informiert.

Dieser Skepsis und der rückläufigen Wahlbeteiligung gilt es von Senatsseite aus entschieden entgegenzuwirken: Berliner Bürgerinnen und Bürger müssen besser über die Bedeutung, Errungenschaften, Verdienste und Funktionsweise der EU, über die Fortschritte der europäischen Integration sowie über die sich daraus für das Land Berlin und für jeden Einzelnen persönlich ergebenden Vorteile informiert werden. Dies betrifft insbesondere auch Neuwähler, die über besondere Kommunikationswege zur Wahlteilnahme aufgefordert werden sollen.

Ferner gilt es, durch Aufklärung und Überzeugung vom politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolgsmodell zur Teilnahme an der Europawahl zu motivieren und dadurch die Akzeptanz der EU zu dokumentieren. Den Bundesländern und damit auch Berlin kommt in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu, ist es doch gerade in den Regionen, wo Europa aktiv gelebt wird und Vorteile des europäischen Zusammenlebens spürbar sind.

Zwar hat der Senat bereits erste Initiativen ergriffen, indem online beispielsweise ein Informationsflyer abrufbar ist, auf die Seiten von Europaparlament, Jungen Europäischen Bewegung und Bundeszentrale für politische Bildung verlinkt wird, eine begrenzte Anzahl an Europakoffern an den Schulen für Europa werben soll bzw. ein Videospot für Jungwähler bereitgestellt wird, doch reichen diese Maßnahmen quantitativ wie qualitativ noch nicht aus, um potentielle Wähler zu mobilisieren.

Insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Reformvertrag ist der Senat darüber hinaus gefragt, deutlicher und positiver Position zu beziehen. Durch das in-Kraft-treten des Vertrags wird die gesamte EU auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt, was der weiteren Integration Europas dienlich ist. Berlin profitiert in großem Maße von den neuen Regelungen wie z.B. der Stärkung des Europäischen Parlaments, der regionalen und nationalen Parlamente und des Ausschusses der Regionen bzw. der Verankerung des Subsidiaritätsfrühwarnsystems und klaren Abgrenzung zwischen europäischen, nationalen und regionalen Zuständigkeiten. Daher soll sich der Senat darüber hinaus dafür einsetzen, dass die Aspekte, die nicht unter die Regelungen des Art. 48 EU Vertrag fallen (z.B. Bedeutung der Regionen, Transparenz und Bürgernähe) bereits vor der Ratifizierung angewandt und umgesetzt werden.

10. März 2009

Dr. Linder Dragowski
und die Mitglieder der Fraktion der FDP